Nr. 247. 37. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Freitag, 15. Mai 1908

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Fahrkartensteuer.

Von der Fahrkartensteuer sprechen, ist Verlegenheit. Die Fahrgäste sind entrüstet, weil sie höhere Preise für die Beförderung mit der Eisenbahn bezahlen müssen als in der guten alten Zeit; sie wandern deshalb von der ersten in die zweite, von der zweiten in die dritte und ganz besonders zahlreich von der dritten in die vierte Klasse ab. Die Eisenbahnverwaltungen jammern, weil die Fahrkartensteuer die Erträgnisse aus dem Personenverkehr geschmälert hat, und weil sie deshalb die Steuer aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Und der Reichsschatzsekretär schlägt die Hände über dem Kopf zusammen, weil diese unpopuläre Steuer, die den Weg zu so vielen anderen Steuerreformen versperrt, keinen nennenswerten Ertrag abwirft. Vor allem aber kann man von den konservativen, ultramontanen und nationalliberalen Vätern der Fahrkartensteuer diese Steuerblüte nicht erwähnen, ohne daß sie erröten. Sie sind in ihres Nichts durchbohrendem Gefühle davon durchdrungen, daß sie eine ungeheure Dummheit gemacht haben; aber sie wollen nicht gern daran erinnert werden.

Einige Zahlen lassen sich nicht umgehen, will man das volle Fiasko der Fahrkartensteuer deutlich machen. Soviel wir wissen, rechnete man im Reichstag und Bundesrat auf einen Ertrag von etwa 50 Millionen. Der preußische Minister Freiherr v. Rheinbaben, der sich merkwürdigerweise immer irrt, wenn er sich in die Reichsangelegenheiten mischt, hielt sogar am 19. Mai 1906 im Reichstage eine Rede zugunsten der Fahrkartensteuer, in der er erklärte, man müsse die Reichsfinanzen auf eine feste Basis stellen und damit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht das Ansehen des Reiches wieder herstellen. Die Fahrkartensteuer als feste Basis! O sancta simplicitas! Aber man muß an die Illusionen, die sich an die Finanzreform von 1906 knüpften, erinnern, um sich vor ähnlichen Illusionen bei der Finanzreform von 1908 oder 1909 zu schützen.

Gerade die Fahrkartensteuer erwies sich als ein Schlag ins Wasser. Schon in der letzten Hälfte des Etatsjahres 1906/07 enttäuschte sie. Der Reichstag nahm darauf Rücksicht und setzte sie in den Etat von 1907/08 nicht mit 50, sondern nur mit 30,4 Millionen ein. Auch diese Summe war noch viel zu hoch, wie die Erfahrung gezeigt hat. Denn der wirkliche Ertrag der Fahrkartensteuer stellte sich auf 18,6 Millionen. Der Reichstag hatte sich noch immer um 11,8 Millionen geirrt. Von 50 auf 18,6 Millionen; eine solche Fehlrechnung ist in der Finanzgeschichte aller Kulturstaaten eine Rarität.

Trotzdem wäre es so verkehrt wie möglich, wollte man nun sagen: Na, die Fahrkartensteuer hat zwar nicht so viel gebracht, wie erwartet wurde, aber sie hat doch immerhin 18,6 Millionen abgeworfen. Das wäre ein neuer Irrtum. Die Fahrkartensteuer hat gar nichts gebracht. In dem Bericht der badischen Kammer über die Verkehrsanstalten, der kürzlich vom Abgeordneten Wilckens erstattet wurde, wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Erhebung und Verrechnung der Fahrkartensteuer für die Eisenbahnen erhebliche Unkosten mit sich bringt, für die sie keinen Ersatz erhalten. Es wird aber weiter auf die von einigen Eisenbahnverwaltungen angestellten Ermittelungen hingewiesen, aus denen geschlossen werden muß, daß der durch die Fahrkartensteuer bewirkte Ausfall ungefähr ebenso hoch ist wie der Steuerertrag. Die Eisenbahnen haben also Mühe und Arbeit für nichts. Was das Reich erhält, das zahlen die Eisenbahnverwaltungen aus ihrer Tasche, ohne daß sie sich dafür beim Publikum schadlos halten können. Die Arbeit, die ihnen die Berechnung der Steuer macht, legen sie noch dazu.

Nichts ist leichter, als nun die völlige Aufhebung der Fahrkartensteuer zu fordern. Die Eisenbahnverwaltungen wären damit selbstverständlich gern einverstanden. Aber wir sind keinen Augenblick im Zweifel, daß daraus nichts werden kann. Einmal nämlich hat das Reich doch immer aus der Fahrkartensteuer, die vom Bundesrat bewilligt ist, eine gewisse Einnahme, wenn sie auch viel niedriger ist, als sie von dem Abgeordneten Becker und seinen parlamentarischen Freunden eingeschätzt wurde. Dann aber handelt es sich bei der Fahrkartensteuer um ein Prinzip. Wir haben von vornherein die Fahrkartensteuer in ihrer heutigen Form für einen groben Fehler gehalten, aber wir haben immer zugleich darauf hingewiesen, daß hier zum ersten Mal grundsätzlich die partikularistischen Eisenbahnverwaltungen dem Reich tributpflichtig gemacht werden. Dieses Prinzip darf auf keinem Fall preisgegeben werden. Die Form mag zerfallen, sie hat ohnehin nichts getaugt; aber der Geist muß weiterleben.

An die Stelle der Fahrkartensteuer, die das Publikum treffen sollte, aber indirekt die Eisenbahnverwaltungen traf, muß die direkte Heranziehung der einzelstaatlichen Eisenbahnen durch das Reich treten. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit, weil sich naturgemäß die Eisenbahnen in den Händen der größeren und damit auch leistungsfähigeren Bundesstaaten befinden, während die Kleinstaaten gerade dadurch in ihrer wirtschaftlichen Entwickelung gehemmt werden, daß sie auf dem Gebiet des Verkehrswesens von ihren größeren Nachbarn abhängig sind. Es wäre nur ein notwendiger Ausgleich, wenn die Staatsbahnen für diese Vorteile auch ihren nicht zu gering bemessenen Anteil an den Reichsausgaben beisteuern müßten. Auf diesem Wege würde aber auch das Publikum entlastet werden, weil die Staatsbahnen sich hüten werden, die Preise so hoch zu schrauben, daß sie den Verkehr hemmen, statt ihn zu fördern.

Gewiß ist auch diese direkte Besteuerung der einzelstaatlichen Bahnsysteme noch ein Umweg. Das richtige wäre seinerzeit die Verstaatlichung der Eisenbahnen durch das Reich gewesen. Aber der Augenblick ist verpaßt worden. Heute geht es nicht anders als durch eine Reichseisenbahnsteuer. In welcher Weise sie durchgeführt werden soll, und welche Erträge sie abwerfen wird, darüber wird man sich um so leichter verständigen können, als die Bundesstaaten selbst einem Ertrage von 50 Millionen aus der Fahrkartensteuer zugestimmt haben. In dieser Richtung läßt sich wenigstens das Prinzip der Fahrkartensteuer nutzbar machen, auch wenn man ihre heutige Gestalt als völlig untauglich preisgibt.

Der Kaiser beim König Leopold.

Zu den Monarchen, mit denen Kaiser Wilhelm in häufige Berührung kommt, kann man den König der Belgier nicht zählen. Den Kaiser führen seine Reisen nicht nach Brüssel oder Ostende und noch weniger nach — Paris, wo König Leopold sich am liebsten aufhält. Seit aber sein Gesundheitszustand den König Leopold zwingt, deutsche Bäder aufzusuchen, findet zuweilen eine Begegnung statt. Vor wenigen Jahren kam König Leopold aus Wiesbaden auf ein paar Stunden nach Homburg, um den Kaiser zu begrüßen. Heute hat dieser den Besuch erwidert. Ein Privat-Telegramm meldet uns:

△ **Wiesbaden**, 15. Mai.

Der Kaiser stattete heute früh dem König von Belgien einen längeren Besuch ab, den dieser mittags im Schloß erwiderte. Darauf frühstückte König Leopold beim Kaiser und der Kaiserin.

Politische Kombinationen, die sich möglicherweise an den Besuch knüpfen, sind natürlich haltlos. Sie konnten Belgien überhaupt nicht, sondern höchstens die Kongofrage betreffen. In dieser aber hat Deutschland kein anderes Interesse als die Durchführung (allerdings die nach der Annexion zu erwartende gewissenhaftere) der Kongoakte von Berlin.

Wahlen auf dem Lande.

Von

Bürgermeister **Dr. Schücking**-Husum.

Bei jedem Gesetze kommt es auf die ratio legis an. Man muß sich fragen, was will der Gesetzgeber? Prüft man daraufhin unser Landtagswahlrecht, so muß man sagen, der Gesetzgeber will, daß erstens die Urwähler überhaupt nicht wählen, sondern vor allem der vom Landrat bestellte Wahlvorstand wählt, dieser sich selber und der Wahlmann den Landrat oder dessen Vertrauensmann wählt.

Je mehr man in die Technik der Wahl eindringt, desto klarer wird das. Wo gibt es wieder ein Wahlrecht, das die Wahl selbst so unmöglich macht! Da ist zunächst die Terminswahl. Von der Fristwahl machen nur die großen Städte Gebrauch, die doch nicht den Landrat oder seinen Vertrauensmann wählen würden. Die Terminswahl und der Umstand, daß die Wähler namentlich aufgerufen werden, hat zur Folge, daß es für den liberalen Urwähler äußerst schwierig ist, im richtigen Moment da zu sein. Dafür sorgt der Landrat als Wahlkommissar. Der Landrat setzt den Wahltermin vielfach auf 10 Uhr vormittags an, auf eine Zeit, zu der jeder erwerbstätige Mann bei seiner Arbeit ist. Der Landrat arbeitet so lange im Wahlbezirksgeometrie, bis er für die liberalen Urwähler mancher kleinen Dörfer Wege geschaffen hat, die sie nicht rechtzeitig zurücklegen können, wenn sie nicht lange Stunden von ihrer Arbeit opfern wollen. Aber das ist ja auch die ratio legis, der Zweck des Gesetzes, daß möglichst wenig Urwähler zur Wahl kommen sollen, denn es ist ja ein Gesetz zur Verhinderung der Wahl.

Wahllokal, Wahltermin, alles muß möglichst ungünstig sein für den Wähler der dritten Klasse, der am gesächlichsten ist als wahrscheinlich liberaler Urwähler. Kommen aber doch Urwähler, die vielleicht liberal wählen könnten, so ist der Wahlvorsteher der einzige, der Schlepper hat, denn er ist Gemeindevorsteher. Er kann mit Amtsdiener, Gemeindediener, Gendarmen reaktionär wählende Urwähler aus allen Abteilungen schleunigst in Menge herbeiholen lassen. Demgegenüber sind die erschienenen liberalen Urwähler machtlos. Woher sollen sie Schlepper nehmen? Sie haben meist schon einen weiten Weg gemacht, sind in fremder Umgebung und müssen im Wahllokal bleiben, bis ihr Name aufgerufen wird.

Dann kommt die Wahl des Abgeordneten selbst. Zwischen der Wahlmännerwahl und der Abgeordnetenwahl liegen einige Tage zur Beeinflussung der Wahlmänner. Da spielen alle Einflüsse ihre Rolle. Und dann kommt der große Tag, an dem die Wahlmänner persönlich vor den Landrat treten und den Abgeordneten nennen sollen. Mancher erbleicht vor dem Anblick des Kreisgewaltigen, wenn er den

Die Ausländer in Berlin.

[Nachdruck verboten.]

Wir beginnen in dieser Nummer mit dem Abdruck einer Reihe von Artikeln, in denen publizistische Vertreter der außerdeutschen Nationalitäten deren Anteil am gesellschaftlichen Leben Berlins und kulturelle Eigenart schildern.

Die Oesterreicher.

Im Herbst 1826 schrieb Franz Grillparzer, dem im gastlichen Berlin Fouqué, Varnhagen, die Rahel, Chamisso und Hegel freundlich begegnet waren, in sein sonst so griesgrämiges Tagebuch: „Diese Stadt gefällt mir immer besser, je länger ich mich darin aufhalte. Das ist schon ein gutes Zeichen. Wien dürfte auf manchen leicht die entgegengesetzte Wirkung haben. Alles hat hier einen Anstrich von Großartigkeit, Geistigkeit und Liberalität, der einem armen Teufel von Oesterreicher schon des Kontrastes wegen wohltut." Die Großartigkeit Berlins, die schon dem österreichischen Dichter des Metternichschen Zeitalters imponieren konnte, zieht heute, nachdem Berlin sich an Umfang und Macht verzehnfacht hat, die Bewohner der Donaumonarchie mit noch ganz anderer Zauberkraft an. Ihr bedeutender Anteil am Berliner Fremdenverkehr beweist es. Viele Tausend Oesterreicher und Ungarn wirken hier in den buntesten Berufen. Der unersättliche Menschenverbrauch, die kaum zu stillende Aufnahmegier der Riesenstadt versprechen ihnen hier in rauherer Luft die volle Ausnützung ihrer Arbeitskraft und Begabung, die ihnen in der kulturmüden oder brach liegenden Heimat versagt blieb.

Berlin lockt und wirbt. So kommen sie denn aus allen Klassen, Nationen und Gewerbebanden des Nachbarreiches scharenweise herein: Kaufleute und Künstler, Schriftsteller und Gelehrte, nicht zu vergessen die Wiener Kellner und böhmischen Köchinnen. Und bald sind sie unter dem Schutz des dreißigjährigen, engen politischen Bündnisses, unterstützt durch die von Kindheit auf gepflegte Sprache, eingebürgert. In führender oder dienender Rolle finden wir sie bei den verschiedensten kaufmännischen Unternehmungen tätig. Die großen Elektrizitätsgesellschaften beschäftigen österreichische Techniker an wichtigen Stellen. Selbst die Berliner Hochfinanz erhält diesen Einschlag: eines ihrer bekanntesten Mitglieder, Herr Arthur Fischel, der Mitinhaber des Hauses Mendelssohn und Kompagnie, ist Oesterreicher von Geburt.

Seit je hat die österreichische Schriftstellerwelt, besonders die weitverzweigte österreichische Journalistenschule ihren Ueberschuß — und nicht just die schlechtesten Federn — an Berlin abgegeben. Der Romandichter, Kritiker und Philosoph Fritz Mauthner, der aus dem an schriftstellerischen und künstlerischen Talenten besonders ergiebigen Deutsch-Böhmen stammt und jetzt in Freiburg im Breisgau sein großes sprachkritisches Werk vollendet, hat gleich dem vor wenigen Jahren verstorbenen Karl Emil Franzos jahrzehntelang in Berlin gewirkt. Und nun ist auch der Apostel der jungen Wiener, Hermann Bahr, mit grauer Tolstoj-Mähne hier eingezogen und kann täglich von den Theaterzetteln ablesen, welchen Raum die Berliner Theater den von ihm entdeckten österreichischen Dramatikern gönnen.

Aus den Kreisen der in Berlin lebenden österreichischen Gelehrten seien nur ad exemplum der Tiroler Alois Brandl, der Shakespeare-Forscher und Lehrer der englischen Sprache und Literatur an der Berliner Universität, und der Deutschböhme Geheimer Medizinalrat Friedrich Kraus, der Leiter der zweiten Charitéklinik, genannt. Der Bildhauer Hugo Lederer aus Mähren, der Schöpfer der Hamburger Bismarck-Rolandstatue, und der Deutschböhme Franz Metzner, den Bruno Schmitz zur Mitarbeit am Leipziger Völkerschlachtdenkmal herangezogen hat, und der den Berlinern durch seine kühnen Plastiken im Rheingold-Bau bekannt ist, leben dauernd hier, ebenso der Prager Emil Orlik, der Professor an der Berliner Kunstgewerbeschule ist und einige der schönsten Dekorationen für die Reinhardt-Bühnen („Der Kaufmann von Venedig", „Das Wintermärchen", „Die Räuber") gemalt hat.

Und nun gar die Berliner Theater! Sie sind fast alle unter dem Kommando österreichischer Direktoren. Einige Beispiele: Max Reinhardt, der als kleiner, aufmerksamer Schauspieler aus Wien nach Berlin kam, beherrscht das Deutsche Theater und das von ihm gegründete Kammerspielhaus; auch der Direktor des Neuen Schauspielhauses auf dem Nollendorfplatz, Herr Halm, ist Wiener. Dr. Eugen Robert-Kovacz aus Budapest hat den Berlinern die Pforten des von dem ungarischen Architekten Kaufmann erbauten Hebbel-Theaters erschlossen, und nun haben zu guter Letzt auch noch die beiden Oesterreicher Meinhard und Bernauer ihre Bösen-Buben-Bude nach dem Berliner Theater ausgestreckt. Girardi und die Niese fanden hier ein schnell begeistertes Publikum. Aber es wimmelt schon ohnehin auf den Berliner Bühnen von zis- und transleithanischen Schauspielern und Sängern, man hört Anklänge an alle möglichen und unmöglichen österreichisch-ungarischen Dialekte. Emmy Destinn ist Tschechin und hat den Namen ihrer Prager Lehrerin Loevve-Destinn angenommen, Franz Naval kommt aus Laibach — aber man müßte hier gleich ein ganzes Schock von Namen nennen.

Die österreichischen und ungarischen Musikanten haben sich hier dauernd den Konzertsaal erobert, besonders seitdem der Ungar Josef Joachim, der königliche Geiger, in Berlin ihr Ansehen durch vierzigjährige künstlerische Arbeit stetig gemehrt hat. In seinem Quartett wirkten die beiden Deutschböhmen Halir und Wirth. Der Cellist Heinrich Grünfeld stammt aus Prag, von wo auch Leo Blech als Kapellmeister an das königliche Opernhaus in Berlin berufen worden ist. Die Geschichte des Berliner Philharmonischen Orchesters ist mit besonders vielen Namen aus Oesterreich und Ungarn verwoben: es stand lange unter der ständigen Leitung des Deutschböhmen Josef Rebicek, da von seinem Landsmann, dem ersten Konzertmeister Anton Witek, unterstützt wurde, und daß der Ungar Arthur Nikisch seit Jahren die Abonnementskonzerte dieses Orchesters dirigiert, daran braucht man keinen Berliner erst zu erinnern.

Die Zahl der in Berlin lebenden Oesterreicher und Ungarn ist viel größer, als man vermuten würde. An der Spitze der Kolonie steht offiziell der österreichisch-ungarische Botschafter Exzellenz Ladislaus v. Szögheny-Marich, ein ruheliebender, jovialer Herr, der noch der alten Schule angehört und jenen Diplomaten für den besten hält, von dem man am wenigsten spricht. Nur bei patriotischen Festen tritt er als Redner hervor und erhöht die Stimmung durch einige wenige Worte in gemütlichem, ungarisch-deutschem Dialekt. Seine Schutzbefohlenen haben sich hier in mehreren Vereinen zusammengetan, ja es gibt hier sogar einen Verband österreichisch-ungarischer nichtaktiver Offiziere. Die meisten aber haben den Kontakt mit ihren Landsleuten verloren oder nie gesucht. Sie gehen ganz im brausenden Leben der Millionenstadt auf, der beste Beweis dafür, wie wohl sie sich hier fühlen, wie Berlin ihnen zur zweiten Heimat geworden ist. Nur die Tschechen halten zusammen. —y.

* * *

Die Franzosen.

Die Zahl der Franzosen, die Berlin bewohnen, wird auf gegen 1200 geschätzt. Die Hauptmasse ihrer Bataillone rekrutiert sich aus den Köchen, die 300 bis 400 an Zahl sind und sich noch vermehren. Sie haben den Geschmack an delikaten Gerichten und die Pflege der feinen Kost hierhergebracht. Das Leben zu genießen und bis in seine geringsten Einzelheiten liebevoll zu schmücken, ist eine ziemlich schwierige